

Seite Inhalt bereitgestellt von

Verbände Forscher: Ausgrenzung Hauptursache für Jugendkriminalität

 Gefällt mir

[Teilen](#)



Das Bild einer Überwachungskamera zeigt das Opfer nach einer Attacke auf S-Bahnhof Rostock-Warnemünde liegen.

dpa / Stefan Sauer/Archiv

Sonntag, 15.09.2013, 12:03

Anfangs sind es harmlose Rempelen, am Ende kann ein Totschlagsversuch stehen – Jugendkriminalität machte Eltern oft ratlos. Nach dem Entsetzen kommt die Frage nach dem Warum. Wer sich ausgegrenzt fühlt, neigt zu Gewalt, sagt der Freiburger Neurobiologe Joachim Bauer.

Er sieht in Ausgrenzungs- und Demütigungserfahrungen junger Menschen eine der wichtigsten Ursachen für Jugendkriminalität. „Soziale

Ausgrenzung wird wie ein Schmerz wahrgenommen. Und Schmerz erhöht die Gewaltbereitschaft“, erläuterte der Wissenschaftler zum Auftakt des 29. Deutschen Jugendgerichtstags am Samstag in [Nürnberg](#). Der Neurobiologe, der zugleich Arzt für Psychiatrie und Psychotherapie ist, forderte daher entsprechende Konsequenzen im Umgang mit straffälligen Jugendlichen.

Ausgrenzung beginnt nach Bauers Erfahrung vielfach schon in der Familie – „vor allem wenn Familien als Ganzes ausgegrenzt werden“, sagte Bauer. Ein Problem sei auch, wenn Familien zerbrechen und die Jugendlichen ohne Bindung dastünden. „Ausgrenzung findet dann ihre Wiederholung in der Schule. Und wenn es dann noch zum Schulausschluss eines Jugendlichen kommt, dann sind oft schwerwiegende Straftaten die Folge“, gab Bauer zu bedenken.

Statt für Jugendstrafe spricht sich der Hochschullehrer dafür aus, den Jugendlichen zu einem „Perspektivwechsel“ zu verhelfen: Jugendliche müssten lernen, die Perspektive ihres Opfers einzunehmen. Die im sozialen Miteinander wichtige Fähigkeit des Menschen, sich in die Situation eines Mitmenschen hineinzusetzen, entwickelt sich nach Bauers Erkenntnissen zwischen dem 3. und 22. Lebensjahr. Jugendliche, bei denen sich die Fähigkeit erst spät entwickle, bräuchten daher von Fachleuten Unterstützung.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) wies auf dem Jugendgerichtstag Forderungen nach einer Verschärfung des Jugendstrafrechts zurück. „Die Statistik zeigt seit Jahren einen Rückgang bei den Straftaten von Jugendlichen“. Es gebe zwar immer wieder Einzelfälle, in denen Jugendliche schwere Straftaten begangen haben; diese rechtfertigten aber keine strafrechtlichen Verschärfungen. Die bestehenden Maßnahmen für straffällige Jugendliche halte sie für ausreichend.

Nachholbedarf sieht die Justizministerin dagegen bei der Qualifizierung von Jugendrichtern, Jugendstaatsanwälten und [Polizisten](#). Sie müssten bereits in ihrer Ausbildung stärker mit den Wirkungen von Sanktionsinstrumenten für junge Straftäter vertraut gemacht werden, betonte sie. Dies sei allerdings Ländersache und viele Bundesländer zögerten derzeit noch damit, weil sie den zusätzlichen Aufwand scheuten, sagte [die FDP](#)-Politikerin. Die Bundesregierung erwäge deshalb, dafür bundesgesetzliche Richtlinien zu entwickeln.